

Zukunftsforum Politik

Broschürenreihe
herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 6

Eine Zukunft für die Bundeswehr

Ergebnisse des Dialogs der Konrad-Adenauer-Stiftung mit den Streitkräften
Sankt Augustin, Juni 2000

Projektbetreuung: Karl-Heinz Kamp
Redaktionelle Betreuung: Gisela Pannes

Inhalt

I.	Das Dialogkonzept der Konrad-Adenauer-Stiftung	5
II.	Ergebnisse der Diskussion mit den Angehörigen der Bundeswehr	6
III.	Zehn Forderungen aus der Bundeswehr an die Politik	19

Download-Publikation

Der Text dieser Datei ist identisch mit der Druckversion der Veröffentlichung. Die Titelei der Printausgabe beträgt 4 Seiten und wurde in der digitalen Version auf einer Seite zusammengefasst.

I. Das Dialogkonzept der Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Zukunft der Bundeswehr zwischen neuen Anforderungen einerseits und drastisch beschnittenem Finanzrahmen andererseits ist derzeit **die** zentrale verteidigungspolitische Frage in Deutschland. Eine Vielzahl von Kommissionen, Gremien und Expertengruppen hat Konzepte und Modelle erarbeitet, wie die Streitkräfte künftig strukturiert und finanziert werden sollen, um den neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen gerecht werden zu können. Dabei wird häufig *über* die Belange der Streitkräfte geurteilt, ohne dass *die Angehörigen* der Bundeswehr selbst hinlänglich in der Öffentlichkeit zu Wort kommen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung leistet einen Beitrag zur aktuellen Bundeswehrdiskussion, der die Meinungen, Stimmungen und Anregungen aus der Bundeswehr aufnimmt, diese verdichtet und als Faktoren für die politischen Entscheidungsprozesse anbietet. In einer nahezu bundesweiten Veranstaltungsreihe haben die 22 Bildungswerke der Stiftung zwischen Februar und Mai 2000 eine Vielzahl von Diskussionsrunden und Expertengespräche organisiert, in denen sich Politiker, Militärs und sicherheitspolitische Experten den Fragen und Diskussionsbeiträgen der Soldaten stellten. In den Debatten ging es weniger um grundlegende sicherheitspolitische Konzepte, sondern eher um die Alltagsbelange einer Bundeswehr, deren Rolle und Selbstverständnis derzeit einem erheblichen Wandel unterworfen sind. Jede Veranstaltung wurde in Abstimmung mit den örtlichen Kommandeuren der Bundeswehr organisiert und war an den spezifischen Interessen und Erfordernissen der beteiligten Einheiten orientiert. Mehr als 1000 Teilnehmer - aktive Soldaten, Reservisten und Zivilangestellte der Bundeswehr - konnten auf diese Weise ihre Ideen, Kritikpunkte und Erfahrungen äußern. Dabei beschränkten sich die Kommentare keinesfalls allein auf die Forderung nach „mehr Geld für die Streitkräfte“. Statt dessen suchten die Teilnehmer mit großer Sachkenntnis, hohem Engagement und bemerkenswertem Einfühlungsvermögen in die aktuellen Probleme nach positiven Wegen und Optionen aus der derzeitigen Krise der Bundeswehr.

Alle Gesprächsrunden wurden von den sicherheitspolitischen Experten der Konrad-Adenauer-Stiftung ausgewertet und in diesem Abschlußbericht zusammengefasst. Vor Veröffentlichung wurde der Bericht mit hochrangigen militärischen Fachleuten diskutiert. Hierzu zählten u. a.:

Alfred Fletcher, Brigadegeneral a.D.

Hans Frank, Vizeadmiral a.D., Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik

Rolf Hüttel, Generalleutnant a.D.

Klaus Naumann, General a.D.

Jörk-Eckart Reschke, Flottenadmiral a.D.

Prof. Lothar Rühl, Staatssekretär a.D.

Hans-Henning von Sandrart, General a.D.

Dieter Wellershoff, Admiral a.D.

Ziel dieses Berichtes ist es nicht, den vorliegenden Modellen zur künftigen Ausgestaltung der Bundeswehr - wie etwa dem Bericht der Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ - ein weiteres hinzuzufügen oder eine umfassende Stellungnahme entgegenzusetzen. Statt dessen soll eine Lagebeurteilung aus der Sicht der Streitkräfte gegeben werden, die sich sowohl an politische Entscheidungsträger wie auch an die breite Öffentlichkeit wendet. Für die operative Politik ist es ein authentisches Stimmungsbild, das in den anstehenden Entscheidungen zur künftigen Ausgestaltung der Bundeswehr berücksichtigt werden muss. In der Öffentlichkeit soll durch diesen Bericht das Verständnis für die Belange der Bundeswehr gefördert, der geistige Standort der Soldaten aufgezeigt und die gesellschaftliche Anerkennung für die Leistungen der Streitkräfte erhöht werden.

II. Ergebnisse der Diskussion mit den Angehörigen der Bundeswehr

Auswertung und Verdichtung der Ergebnisse der vielen Dialogveranstaltungen lassen sechs Schwerpunkte erkennen, die aufgrund der Häufigkeit, mit der diese angesprochen wurden, nicht mehr als Meinung einzelner, sondern als "Bundeswehr-typisches Ungemach" bezeichnet werden können. Sie kennzeichnen somit die Felder, die bei Strukturdiskussionen vorrangig zu bedenken sind:

- Erwartungen der Streitkräfte an die Politik,

- Die Neugestaltung der Bundeswehr,
- Probleme der Auftragserfüllung,
- Krisenmanagement als neue Rolle für die Streitkräfte,
- Bundeswehr und Rationalisierung,
- Die Zukunft der Wehrpflicht.

1. Erwartungen der Streitkräfte an die Politik

Bei der Frage nach dem grundlegenden Rollenverständnis der Streitkräfte erwies es sich als absolut unstrittig, dass die Politik die Aufgaben der Streitkräfte bestimmen muss. Hieraus allerdings erwächst eine hohe Verantwortung: **Wenn politische Entscheidungsträger von den Streitkräften bestimmte Fähigkeiten fordern, so müssen sie auch die dafür erforderlichen Mittel bereit stellen.** Sofern hier ein Missverhältnis existiert, so muss man den Mut und den Willen zur Korrektur aufbringen. Die Zweifel wachsen, ob die Politik diesen im Prinzip unbestrittenen Zusammenhang gegenwärtig umzusetzen bereit ist.

In diesem Zusammenhang wurde deutliche Kritik sowohl an der alten, wie auch an der neuen Bundesregierung geübt. Bereits zum Ende der alten Bundesregierung sei die Notwendigkeit einer Balance zwischen Aufgabenspektrum und Mittelausstattung nicht ausreichend berücksichtigt worden. Die krasse Unterfinanzierung der Bundeswehr sei nicht erst ein Problem der letzten beiden Jahre, sondern wäre bereits weit früher entstanden. Die „Friedensdividende“ sei zu hoch ausgefallen. Der Verteidigungshaushalt sei in den letzten zehn Jahren, trotz der erkennbaren Notwendigkeit für durchgreifende und kosten-trächtige Reformen und trotz immer wieder geäußelter anderslautender Absichten, stetig verringert worden. Die populäre Formulierung, dass Deutschland „von Freunden umzingelt ist“ und deshalb seine militärische Stärke immer weiter verringern könne, sei in dreifacher Hinsicht falsch und irreführend:

- Erstens würde dadurch verkannt, dass der Ost-West-Konflikt mit seinen klar berechenbaren Feindstärken und Bedrohungsszenarien (und den daraus ebenso klar ableitbaren Forderungen an die eigenen Fähigkeiten) eine „historische Anomalie“ darstellte. Der Normalfall sei hingegen die Sicherheitsvor-

sorge in einem diffusen Bedrohungsumfeld. **Seit Mitte der neunziger Jahre habe es keine grundlegenden positiven Veränderungen der sicherheitspolitischen Gesamtlage Deutschlands mehr gegeben, die ein weiteres, stetiges Absenken der militärischen Stärke gerechtfertigt hätte.** Im Gegenteil: neue Aufgaben und neue Verpflichtungen seien **neben** die alten getreten.

- Zweitens würde übersehen, dass sich Bedrohungen deutscher Interessen auch an den Grenzen der Nachbarn und Bündnispartner, auf See oder aus dem Luftraum ergeben könnten.
- Drittens würde durch die Illusion der vermeintlichen Vorhersehbarkeit größerer Sicherheit die Erkenntnis der Notwendigkeit militärischer Sicherheitsvorsorge und damit die Zustimmung zu den damit verbundenen finanziellen Kosten in der Öffentlichkeit weiter schwinden.

Der Sparkurs der neuen Bundesregierung hätte die Kluft zwischen sicherheitspolitischen Notwendigkeiten und bereitgestellten Mitteln weiter vertieft. Kein Verteidigungsminister hätte mit so vielen Versprechungen und Zusagen zur Verbesserung der Lage der Bundeswehr sein Amt angetreten wie Rudolf Scharping. Die Kürzung der Haushaltsansätze durch den Finanzminister hätte all diesen Zusagen die finanzielle Grundlage entzogen, ohne dass je eine sicherheitspolitische Begründung für die geringere Mittelzuweisung hätte gegeben werden können. Wegen des offensichtlichen Schulterschlusses von Bundeskanzler Schröder und Finanzminister Eichel glauben die Soldaten auch nicht mehr an eine Umverteilung im Bundeshaushalt zugunsten der Verteidigungsausgaben. **Wenn es aber schon zu keinen nennenswerten Verbesserungen der finanziellen Ausstattung der Bundeswehr in den nächsten Jahren kommt, dann fordern die Soldaten zumindest einen längerfristig gesicherten Finanzrahmen, um eine tragfähige Planungsgrundlage für fünf bis zehn Jahre zu haben.** Die Unsicherheiten, die dadurch entstehen, dass der Verteidigungshaushalt immer wieder zum Spielball für Koalitions- und Haushaltsauseinandersetzungen wird, sei ebenso schädlich, wie die Mittelknappheit selbst. Die stetige Verkleinerung der Bundeswehr über die letzten Jahre führt die Soldaten zu der immer drängenderen Frage, wo diese „Rutschbahn“ enden

wird. Diese Unsicherheit belastet doppelt: professionell, weil sie erkennen, dass die Mittel zur Auftragserfüllung fehlen, privat, weil sie sich in ihrer Lebensplanung verunsichert fühlen.

Das unter der neuen Regierung offener gewordene Diskussionsklima in der Bundeswehr wird von den Soldaten sehr begrüßt, es kann aber über die Enttäuschung über die Gleichgültigkeit, mit der gerade der Finanzminister die Nöte der Bundeswehr zu behandeln scheint, nicht hinweghelfen. Bestenfalls das Krisenmanagement, wie derzeit auf dem Balkan, würde noch als eine Aufgabe anerkannt, für die vor allem das Heer von großer Bedeutung ist. Dass aber Luftstreitkräfte oder die Marine **von ebenso grundlegender Bedeutung für die Fähigkeiten eines Landes sind, seinen politischen und strategischen Handlungsspielraum zu erhalten, wird von der deutschen Politik nach Ansicht der Soldaten weitgehend verkannt** oder mit Blick auf weitere anstehende Kürzungen im Haushalt bewusst in der Öffentlichkeit ignoriert.

Die Vielzahl der aktuell vorgelegten Konzeptionen zur künftigen Struktur der Bundeswehr führt an der Basis eher zur Verunsicherung als zu mehr Vertrauen in die Politik. Das gilt umso mehr, als die Soldaten das Gefühl haben, dass „über ihre Köpfe“ hinweg und ohne ausreichende Kenntnis der akuten Probleme der Streitkräfte entschieden werde. Die Kritik galt insbesondere der vom Minister eingesetzten „Zukunftskommission Bundeswehr“ und deren stückweise an die Öffentlichkeit geratenen Vorschläge. Daraus wird nach Ansicht der Bundeswehrangehörigen deutlich, dass die Kommission völlig andere Vorstellungen von der Zukunft der Bundeswehr hätte als der Verteidigungsminister und sein Stab. Damit würden die Unsicherheiten hinsichtlich der Zukunft der Bundeswehr noch erhöht. **Kritik richtete sich aber insbesondere gegen die Einsetzung der Kommission selbst, da hierdurch die drängenden Entscheidungen zur künftigen Ausgestaltung der Streitkräfte bewusst um 18 Monate verzögert worden seien.**

2. Die Neugestaltung der Bundeswehr

Die Notwendigkeit einer grundlegenden Umstrukturierung der Bundeswehr ist für die überwiegende Mehrheit der Soldaten unabweisbar. Die Bundeswehr widersetzt sich weder Sparbemühungen noch strukturellen Anpassungen an

neue politische und militärische Herausforderungen. Auch Einschnitte beim Personalbestand werden als nachvollziehbar angesehen, sofern sie strategisch und sicherheitspolitisch zu rechtfertigen sind und auch werden.

Die Bündnisfähigkeit Deutschlands ist hier ein zentrales Kriterium. Die Offiziere der Bundeswehr kennen sehr wohl die genauen Streitkräftezahlen, die Deutschland nach der derzeit gültigen NATO-Planung für eventuelle Verteidigungsoperationen in Nord-, Ost- oder Südosteuropa bereitstellen muss. Hinzu kommen die Verpflichtungen, die Deutschland mit Blick auf die Schaffung einer „Europäischen Verteidigungsidentität“ eingegangen ist. Des weiteren sei die Forderung nach der Fähigkeit zur Durchführung internationaler Einsätze in mehr als einem Krisenherd zu erfüllen. Schon heute ist die Bündnisfähigkeit Deutschlands - selbst nach den Aussagen des Bundesverteidigungsministers - nicht mehr voll gegeben. **Wird dieser Trend nicht umgekehrt, so müsste Deutschland ehrlicherweise erklären, dass es die in der NATO und in der EU eingegangenen Verpflichtungen nicht mehr wahrnehmen könne.** Eine derartige Vernachlässigung der Bündnispflichten seitens des stärksten europäischen Bündnispartners hätte gewiss Einfluss auf den Fortbestand der NATO, die verteidigungspolitischen Anstrengungen der Europäischen Union und nicht zuletzt auf die militärische Präsenz der USA in Europa.

Zudem wurde häufig kritisiert, dass Strukturen und Ausrüstung nach wie vor zu stark an den Erfordernissen der Landesverteidigung auf eigenem Territorium orientiert seien. Statt dessen müsse man sich aber eher auf den derzeitigen Regelfall der Krisenbewältigung außerhalb der Landesgrenzen einstellen. Diese neuen Aufgaben sollten nach Ansicht vieler Soldaten auch nicht mit beschönigenden Begriffen, wie „Bündnisverteidigung an der Peripherie“ umschrieben werden. **Letztlich ginge es um „Interventionsfähigkeit“ - dies solle man auch so nennen.**

Grundlegende Veränderungen innerhalb der Bundeswehr wurden insbesondere für den Bereich der militärischen Führung gefordert. Das Führerkorps der Bundeswehr sei noch auf eine Streitkräftestärke von 370 000 Mann ausgerichtet. Bei einem derzeitigen Personalbestand von etwa 320 000 Soldaten ergebe sich ein erheblicher struktureller Überhang. Die Folge sei ein

Beförderungsstau (einige Soldaten sprachen von derzeit 7000 Überhangstellen), der die Effizienz hemme und zu weiteren Frustrationen führe. Andere wiesen darauf hin, dass die Führerdichte bei Auslandseinsätzen bei den zurückbleibenden Teilen der Verbände (s.u.) unzureichend sei. Die Bundeswehr hat nicht nur ein überaltertes Führerkorps, sondern auch eines, das aufgrund der vorgegebenen Organisation planstellenmäßig unflexibel zu handhaben ist. Abhilfe könnte nach Ansicht von Soldaten eine verstärkte Frühpensionierung bringen oder das Altersteilzeitmodell, wie es bereits in zivilen Berufen praktiziert wird. Auch wurde auf ein „Bonussystem“ verwiesen, das in den französischen Streitkräften praktiziert wird. Mit der Zahl der Auslandseinsätze erwerben französische Militärs Bonuspunkte, die es ihnen erlauben, früher in den Ruhestand zu treten. Auch werde nach Meinung von Bundeswehrangehörigen ohnehin in Deutschland der Auslandseinsatz im Gegensatz zur „Schreibtischtätigkeit zu Hause“ zu wenig in der Laufbahn des Soldaten positiv berücksichtigt. Sie fordern, dass sich die Einsätze in Krisenregionen positiv auf die weitere Karriereplanung auswirken müssten.

Neben der Verschlankung und Verjüngung des Führerkorps war die Frage der Nachwuchswerbung ein häufiges Debattenthema. Dabei wurde nicht nur festgestellt, dass die Bundeswehr in ihrem derzeitigen Zustand kein besonders attraktiver Arbeitgeber sei. Vor allem wurde darauf verwiesen, dass die Bundeswehr in der Freiwilligenrekrutierung mit der Polizei oder dem Bundesgrenzschutz konkurreiere. Diese Organisationen böten meist Lebensstellungen, während die Bundeswehr auf Zeit rekrutiere. Um diesen Mangel auszugleichen, sei eine flexiblere und marktgerechtere Ausgestaltung der Laufbahngestaltung unumgänglich.

Auch wurde immer wieder erwähnt, dass eine weitere Verkleinerung der Bundeswehr zu Standortschließungen in der Größenordnung von mehreren hundert Standorten führen müsse. Damit würde aber das Problem der Bundeswehr als wirtschaftliche Größe gerade in strukturschwachen Regionen ins Zentrum rücken. Die zu erwartende politische Standortdebatte wird insbesondere als ein Problem für die kommunalen Vertreter in den neuen Bundesländern gesehen, die in diesen Fragen weitgehend unerfahren seien. Das allgemein geringe Interesse an verteidigungspolitischen Fragen in den neuen Ländern führe dazu,

dass die Rolle der Bundeswehr als Wirtschaftsfaktor noch zu wenig verstanden würde.

3. Probleme der Auftragserfüllung

Die deutlichste Missbilligung - bis hin zur Resignation - wurde hinsichtlich der alltäglichen Arbeitsbedingungen in der Truppe geäußert. Immer weniger Soldaten sehen sich in der Lage, ihren Auftrag in dem erforderlichen Maße zu erfüllen. Gerade aufgrund der Einsparungen bei den Betriebsausgaben sei eine aufgabengerechte Ausbildungs- und Übungstätigkeit nicht mehr möglich. **Insbesondere die Offiziere halten es mit ihrem Berufsethos zunehmend für unvereinbar, den ihnen unterstellten Soldaten nicht die Ausbildungsstandards geben zu können, die sie angesichts der künftigen Aufgaben der Bundeswehr für zwingend notwendig ansehen.** Klagen häuften sich im Schwerpunkt bei den Hauptverteidigungskräften (HVK), die mit besonders veraltetem Material ausgestattet seien. Ohnehin sei die Trennung der Truppe in Krisenreaktionskräfte (KRK) und Hauptverteidigungskräfte in der Realität heute nicht mehr gegeben. Aufgrund der Unverträglichkeit der heutigen Bundeswehrstrukturen mit den Anforderungen der Kriseneinsätze würden zunehmend auch Teile der HVK-Kräfte in den Kriseneinsatz geschickt - im Kosovo beträgt der Anteil der HVK-Kräfte etwa 60 Prozent. Dies hätte bei den zurückgebliebenen Einheiten einen krassen Führermangel zur Folge - ungeachtet des bekannten Überhanges. So sei ein Chef für zwei Kompanien oder Gruppenstärken von 25 Mann (normal 8 - 10 Mann) keine Seltenheit. Mängel in der Ausbildung seien die Folge, die Ziele der Zweit- und Dritt-ATN (ATN = Allgemeiner Tätigkeitsnachweis) würden häufig nicht mehr erreicht, dadurch entstehende Verstöße gegen Arbeitsschutzbestimmungen nähmen zu.

Hinzu komme die zunehmende „Verbeamtung“ des Soldatenberufes durch ständig steigenden Verwaltungsaufwand. Zugführer, die zu 50 Prozent mit administrativen Aufgaben befasst seien oder Kompaniechefs, die 80 Prozent ihrer Zeit am Schreibtisch verbringen, verlören den Kontakt zur Truppe. Gerade junge Berufssoldaten seien zur Bundeswehr gekommen, um vielfältige Verantwortung für die ihnen unterstellten Soldaten zu übernehmen und diese per-

sönlich führen zu können - genau hierzu käme es immer weniger. Die damit verbundene Schwächung der Motivation und der Disziplin hätte zwei grundlegende Konsequenzen. Zum einen könne das gerade für die Effizienz der Truppe unverzichtbare „Wir-Gefühl“ auf Kompanieebene und das Moment der Kameradschaft auf individueller Ebene nicht mehr aufkommen. Zum anderen führe die um sich greifende Resignation dazu, dass die Bereitschaft zur Improvisation unter schwierigen Bedingungen (so hätten sich während des Oderhochwassers die Truppenführer ohne Kostenerstattung über ihre privaten Mobiltelefone verständigt, da die dienstlichen Funkgeräte unzureichend waren) - immer weiter abnehmen würde.

Konkret wurden viele Einzelbeispiele für Ausrüstungsmängel genannt, die sicherlich nicht immer neu, aber mit Blick auf die Motivation der Truppe sehr ernst zu nehmen sind. Gerade im technischen Bereich wurde das Alter der Ausstattung („Die Fahrzeuge sind älter als die Soldaten“) und die damit verbundene Unzuverlässigkeit beklagt. Soldaten schilderten, dass sie die meiste Zeit damit verbringen würden, Ersatzteile aus- und einzubauen, um durch diese Art von „Kannibalisierung“ zumindest einen Teil des Fuhrparks funktionsfähig halten zu können. Ähnlich argumentierte auch der technische Dienst auf einem Fliegerhorst der Luftwaffe. Dennoch liege der „Klarstand“ an Fahrzeugen in vielen Bereichen deutlich unter 50 Prozent. Selbst Standardausrüstung in Büros sei nicht vorhanden. Computer - so weit überhaupt existent - seien „deutlich älter als das, womit der Sohn zu Hause spielt“. Obgleich der Verteidigungsminister zugesagt habe, alle Einheiten mit Fotokopiergeräten auszustatten, so berichtete ein Wehrpflichtiger, müsse er für jede Kopie einen zehnminütigen Fußmarsch zum Brigadegebäude antreten.

Zeitsoldaten beklagen insbesondere, dass, als Folge der Mittelknappheit, die Standards ihrer Ausbildungs- und Diensttätigkeit in der Bundeswehr - so weit vergleichbar - deutlich hinter den Maßstäben der Privatwirtschaft zurückblieben. Entsprechend schwierig sei der Weg zurück in eine zivile Tätigkeit. Das gelte umso mehr, als eine praxiskonforme Berufsförderung immer noch weitgehend fehle.

Ebenfalls deutliche Klagen kamen aus den Reihen der Wehrpflichtigen. Die Kasernen, gerade in den alten Bundesländern, seien zum großen Teil in „erbärmlichem Zustand“. Schlechte Ausstattung im Wohn- und Freizeitbereich sowie unzureichende Infrastruktur führten bei vielen Wehrpflichtigen zu dem Gefühl „wie weggesperrt“ zu sein. Dies führt wiederum zu Klagen von Seiten der Ausbilder. Junge Soldaten seien bereits in den ersten Wochen aufgrund schlechter Ausrüstung (keine regendichte Kleidung, fehlende Handschuhe) sowie der Unterbringung in völlig veralteten Unterkünften derart demotiviert, dass selbst Versuche einer attraktiven Dienstgestaltung durch die Ausbilder wenig Ausgleich bieten könne.

4. Krisenmanagement als neue Rolle für die Streitkräfte

Die neuen Aufgaben, etwa im Bereich der Katastrophenhilfe oder des Krisenmanagements, die auf die Streitkräfte in den letzten Jahren zugekommen sind, werden von den Bundeswehrangehörigen sehr positiv gesehen. Anders als im Alltagsbetrieb sei in Krisensituationen das Engagement ohnehin höher.

Allerdings würden Engagement und Leistungswille der Soldaten beim Krisenmanagement durch konkrete Mängel erheblich beeinträchtigt. Zum einen wurden **Schwächen beim Lufttransport** beklagt. Altersschwache Hubschrauber mit mehr als 30 Dienstjahren würden die Sicherheit der Piloten und Passagiere gefährden. Bei Flügen nach Kroatien würden häufige Pannen der Flugzeuge die Soldaten zu mehrmaligem Umsteigen zwingen. Zum anderen ist es insbesondere die **persönliche und private Belastung durch zu häufige Auslandseinsätze**, die immer wieder hervorgehoben wurden. Dies gelte sowohl für die Dauer des Aufenthaltes wie auch für die Frequenz der Einsätze. **Die Verlängerung der Einsatzzeit für Krisenmanagement-Operationen von einstmals vier auf heute sechs Monate wird als übermäßige Belastung empfunden.** Darunter leide nicht nur die Befindlichkeit der betroffenen Soldaten, sondern insbesondere die Effizienz der Truppe, da nach mehr als vier Monaten Auslandseinsatz unter schwierigsten Bedingungen einfach „die Luft raus“ sei. Die offiziell verkündete Regelung, dass nach einem sechsmonatigen Kriseneinsatz eine zweijährige Heimatverwendung gesichert ist, sei kein hinlänglicher

Ausgleich. Dies gelte umso mehr, als sie in der Realität gerade für „Spezialisten“ (wie etwa Techniker) ohnehin nicht eingehalten werden könne. Wenn aber diese Fachleute immer wieder in den Auslandseinsatz geschickt werden, so führe das zu unakzeptablen persönlichen und familiären Belastungen. Manche Soldaten fürchten, durch zu viele Auslandseinsätze zum „knallharten Universal-Soldier“ zu werden, der seine soziale Binaefähigkeit verliert

Unter den Auslandseinsätzen leidet insbesondere das Sanitätswesen der Bundeswehr. Nach Aussagen von Sanitätsoffizieren steht es „am Rande des Kollaps“. Die immer wieder gegebenen Zusagen der Politik, dass die gleichen Sanitätsstandards für Soldaten im Ausland wie in der Heimat gelten müssen und dass der Sanitätsdienst der Qualität eines Kreiskrankenhauses entsprechen sollte, werden natürlich begrüßt. Allerdings führen die hohen sanitätsdienstlichen Anforderungen in den Einsatzgebieten zu Einbußen an den Heimatstandorten, wo dann die Zusagen nicht mehr eingehalten werden könnten.

Gerade in diesem Zusammenhang wurde harsche Kritik an der Reservistenkonzeption geäußert, da die Zahl der Wehrübungsplätze von 2500 auf 1500 reduziert worden sei. Dies führe dazu, dass immer seltener einsatzbereite und einsatzwillige Reservisten personelle Engpässe überbrücken könnten. Hier verkümmere ein Potential hoch motivierter und gut ausgebildeter Soldaten, das über Jahre für diese Fälle aufgebaut worden sei und das eine Ausgangsbasis für die unverzichtbare Aufwuchsfähigkeit bildet.

5. Bundeswehr und Rationalisierung - Einsparung durch „Outsourcing“?

Die unzureichenden Finanzmittel, sowie die Einschätzung, dass mit einer Änderung der Prioritäten im Bundeshaushalt zugunsten der Streitkräfte nicht zu rechnen ist, hat das Thema „Einsparung durch Rationalisierung“ in vielen Veranstaltungen zum Gegenstand von ernsten Diskussionen werden lassen. **Von politischer Seite werde der Eindruck erweckt, als könne die Finanzkrise der Bundeswehr mit den Mitteln der Rationalisierung und des „Outsourcing“ (die Übertragung bestimmter Aufgaben an privatwirtschaftliche Un-**

ternehmen) behoben werden. Dem widersprachen die Soldaten entschieden. Auch die medienwirksam verkündete Vereinbarung zwischen großen Industrieunternehmen und der Bundeswehr über eine „Agentur für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb“ sei kein Allheilmittel, da auch die Industrie „nichts zu verschenken“ habe. Darüber hinaus sei Rationalisierung ein Bereich, der schon seit Jahrzehnten in allen Bereichen der Bundeswehr praktiziert worden sei. Der Einspareffekt sei entweder eher gering gewesen oder hätte zu einer völligen Veränderung der Leistungsfähigkeit geführt. Schon vor Jahren hätte man die PKW-Wartung in privaten Werkstätten durchführen lassen, obgleich dies in der Kaserne wesentlich billiger gewesen wäre.

Dennoch wurden konkrete Ideen unterbreitet. So sei nicht einzusehen, dass immer noch viele Dienstfahrzeuge für Kommandeure im Friedensdienst in der teuren olivgrünen Tarnfarbe lackiert seien. Hier könnte auf PKW „von der Stange“ zurückgegriffen werden. **Auch könnte der inländische Gütertransport über weite Distanzen von der Privatwirtschaft billiger geleistet werden.** Insbesondere in Spitzenzeiten könnte hierauf zurückgegriffen werden, um nicht permanent zu hohe Transportkapazitäten unterhalten zu müssen. Auch sollten bestimmte Aufgaben nicht von Soldaten, sondern von zivilen Angestellten wahrgenommen werden (Sportlehrer, Gefahrgut-Ingenieure, Mitarbeiter im Sanitätsbereich). Das Tätigkeitsfeld von Soldaten müsse weit stärker auf die militärischen Kernaufgaben beschränkt werden.

Allerdings wurde auch auf die negativen Folgen von der Abhängigkeit von der Privatwirtschaft hingewiesen, da die „Kernfähigkeiten“ der Bundeswehr leiden könnten. So würden für bestimmte Schweißarbeiten an Panzern bereits jetzt Privatfirmen eingesetzt. Diese würden sich aber weigern, derartige Aufgaben auch in Krisenregionen - wie etwa im Kosovo - zu leisten. Andere NATO-Partner hätten dieses generelle Problem dergestalt gelöst, dass sie weit zweckmäßigere Verträge mit der Industrie abgeschlossen hätten.

Einigkeit bestand dahingehend, dass Einsparerfolge sich bestenfalls sehr langfristig einstellen würden, während die Haushaltskürzungen unmittelbar zum Tragen kämen. Darüber hinaus wurde immer wieder bezweifelt, dass Einsparungen durch Rationalisierung letztlich der Bundeswehr

selbst zugute kämen. Vielmehr würden sie von anderen Ressorts konsumiert.

6. Die Zukunft der Wehrpflicht

Zur Frage der Wehrpflicht ergab sich aus den Diskussionen ein zwiespältiges Bild. **Grundsätzlich wurde die Wehrpflicht von den aktiven Soldaten einhellig bejaht.** Diese Wehrform halte die Bundeswehr flexibel, lebendig und aufwuchsfähig. Neben staatspolitischen Argumenten (Staatsbürger in Uniform) wurden insbesondere sicherheitspolitische Begründungen für die Wehrpflicht genannt. Sie erhalte vor allem die Aufwuchsfähigkeit der Streitkräfte sowie die Rekrutierungsmöglichkeiten von fähigem Nachwuchs und damit die Qualität der Bundeswehr.

Eine zeitliche Verkürzung des Wehrdienstes mit der Tendenz zu einem „**Schnupperkurs in Grün**“ wurde mehrheitlich abgelehnt, da bereits jetzt kaum noch eine ausreichende Ausbildung und eine flexible Verwendung der Wehrpflichtigen möglich sei. **Die Dauer des Wehrdienstes sei nicht beliebig, sondern müsse sich aus den geforderten Fähigkeiten der Truppe und somit aus den Anforderungen an die Soldaten ergeben.** Auch dem Argument, dass weitere Verkürzungen durch eine „Straffung“ der Ausbildung aufgefangen werden könnten, wurde widersprochen, da dieses Instrument bereits ausgereizt sei. Auch würde mit kürzerer Wehrpflichtdauer der allgemeine Verwaltungsaufwand steigen, da mehr Einberufungsrunden pro Jahr organisiert werden müssten (einschließlich Einkleidung, Ausrüstung etc.). Die dadurch entstehenden Kosten würden an anderer Stelle wieder fehlen.

Ungeachtet der Zustimmung der Bundeswehrsoldaten zur Wehrpflicht, bewerten viele die Chancen für den Erhalt dieser Wehrform eher schlecht, da wesentliche Trends in Richtung Berufsarmee zeigen würden. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes zum Militärdienst von Frauen würde die Basis der Wehrpflicht ebenso aufweichen, wie die vielen Vorschläge zur Verkürzung des Wehrdienstes. **Die zu erwartende weitere Reduzierung der Wehrdienstdauer auf weniger als zehn Monate (W 10) würden letztendlich den Trend zu**

„**W O**“ **beschleunigen**. Auch gäbe es bereits jetzt de facto eine „Wahlfreiheit“ zwischen Wehrdienst und Zivildienst. Viele Soldaten vermuteten, dass viele Politiker allein deshalb an der Wehrpflicht festhalten würden, weil sie um die sozialpolitischen Konsequenzen fürchteten. Ohne Wehrpflicht gäbe es keinen Wehrrersatzdienst, der wiederum zwingende Voraussetzung für das Funktionieren sozialer, medizinischer oder karitativer Einrichtungen sei. Die grundsätzlich hohe Zustimmung der Öffentlichkeit zur Bundeswehr und zur Wehrpflicht wäre kaum ein Trost: offenbar setze sich bei jungen Menschen die Haltung durch: „Wehrpflicht ja - aber ohne mich“.

Im eigentümlichen Gegensatz zu den positiven Aussagen zur Wehrpflichtarmee steht die Einschätzung vieler Offiziere zu der **Notwendigkeit hoher Professionalität in den Streitkräften**. Je mehr das Erfordernis der Landesverteidigung in den Hintergrund trete und die politisch gewollten Aufgaben der Bundeswehr - wie etwa das Krisenmanagement im Rahmen von NATO oder Vereinten Nationen - zum „Normalfall“ würden, desto professioneller müssten die Streitkräfte sein. **Mehrere Offiziere erklärten, dass sie natürlich für die Wehrpflicht seien, in der Praxis aber lieber mit Zeit- oder Berufssoldaten zusammenarbeiten würden**. Auch würden in Krisenregionen keine Wehrpflichtigen eingesetzt, sondern Freiwillig Längerdienende. Diese seien aber nicht aus staatspolitischen Überlegungen bei der Bundeswehr geblieben (Staatsbürger in Uniform), sondern verstünden ihre Tätigkeit als zeitlich begrenzten Beruf. Damit würden aber genau die Soldaten in den Einsatz geschickt (Berufssoldaten, Soldaten auf Zeit, FWL), die in ihrer Denkweise eher einer Berufsarmee entsprechen, obwohl die Politik keine Berufsarmee wolle. Dies sei angesichts der konkreten Anforderungen im Krisengebiet aber unumgänglich (Zitat eines Offiziers: „Mir ist im Kosovo ein Kraftfahrer, der seinen Job versteht, lieber, als ein Abiturient, der sich mit der Rolle von Streitkräften in der Demokratie auskennt“). Allerdings führte dieser Trend bei vielen Soldaten zu einer gewissen Nachdenklichkeit, da man sich mit dem Aufweichen der Wehrpflicht auf dem Weg zu „einer anderen Bundeswehr“ sieht.

III. Zehn Forderungen aus der Bundeswehr an die Politik

Die Ergebnisse der Diskussionen mit Angehörigen der Bundeswehr lassen sich im Wesentlichen in folgende Forderungen und Appelle aus der Bundeswehr an die Politik zusammenfassen, die mit gewünschten Haupthandlungsfeldern gleichzusetzen sind. Die Kernelemente dieser Appelle dürfen nicht separat gesehen werden, sie bedingen einander und berühren zum Teil identische Bereiche des Gesamtsystems Bundeswehr. Für die Soldaten stellen sie jedoch Schwerpunkte beim Ansatz zur Behebung der aktuellen Probleme der Streitkräfte dar.

1. Die Bundeswehr hat einen Anspruch auf ein dauerhaftes Bekenntnis von Gesellschaft und Regierung zu Form und Auftrag der Streitkräfte.

Die Soldaten fordern, dass Politik ihre Verantwortung als Auftraggeber der Bundeswehr ernst nimmt und gegenüber den Soldaten mit offenen Karten spielt.

2. Die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen haben sich entscheidend verändert. Der Auftrag der Bundeswehr muss daher neu definiert und politisch entschieden werden.

Die wesentliche Aufgabe der Bundeswehr bleibt zwar die kollektive Verteidigung im Rahmen der NATO, doch *Verteidigung* bedeutet heute, Gefahren und Risiken vom NATO-Vertragsgebiet - und damit von Deutschland - fernzuhalten. Dies verlangt von der Bundeswehr, an Einsätzen von UNO, NATO oder Europäischer Union teilzunehmen, sofern Regierung und Parlament dies beschließen.

3. Weitere drastische Reduzierungen der Stärke der Bundeswehr sind sicherheitspolitisch nicht zu begründen. Das gegebene Risikospektrum lässt dies nicht zu. Auch stehen die von der Bundesregierung eingegangenen Verpflichtungen dem ebenso entgegen, wie auch die angesichts des deutschen Gewichts berechtigten Erwartungen der Partner in der NATO und in Europa.

Die eindeutige und öffentliche Darlegung der Risiken und Gefahren, zu denen sich die Bundesregierung in zahlreichen Bündnisdokumenten bekannt

hat (insbesondere im *Strategischen Konzept* der NATO von 1999) steht noch aus. Würde sie in der gebotenen Klarheit erfolgen, so wäre eine breite öffentliche Zustimmung zur Notwendigkeit militärischer Sicherheitsvorsorge und zu den dafür notwendigen Aufwendungen zu erwarten. Die Soldaten kennen die Verpflichtungen, welche die Bundesregierung in NATO und EU eingegangen ist: *Defense Capabilities Initiative* der NATO, EU-Beschluss von Helsinki zu Schaffung einer europäischen Eingreiftruppe bis zum Jahr 2003 sowie die EU-Selbstverpflichtung von Sintra, etwa 0,7 Prozent des Brutto-Inlandsprodukts für Verteidigungsinvestitionen aufzuwenden. Nun erwarten die Soldaten, dass den Worten Taten folgen werden.

Die Soldaten verstehen auch, dass die Bundeswehr in ihrer Größe und Struktur den veränderten Anforderungen angepasst werden muss. Allerdings muss dieser Anpassungsprozess an sicherheitspolitischen Erfordernissen und nicht an politischen Opportunitäten orientiert sein. Willkürliche Zahlenspiele verbittern, weil sie den Eindruck einer „Rutschbahn“ vermitteln, deren Ende nicht absehbar ist.

4. Die Bundeswehr muss die Mittel erhalten, die zur Erfüllung ihres Auftrags erforderlich sind.

Die Angehörigen der Bundeswehr sind sich der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung durchaus bewusst. Allerdings gibt es Grenzen, an denen die Funktionsfähigkeit des „Gesamtsystems Bundeswehr“ gefährdet wird. Diese Grenze ist bereits überschritten. Der Haushalt ist unausgewogen, erlaubt kaum Modernisierungen und lässt keinen Raum für die in NATO und EU eingegangenen Verpflichtungen.

Der Soldat will seine Aufgaben verantwortungsvoll und effizient ausführen und erwartet die hierfür erforderlichen Mittel. Darüber hinaus erwartet er insbesondere eine langfristige Planungssicherheit, in der die Mittelzuweisung nicht stets zum Gegenstand von Koalitionsauseinandersetzungen wird. Der Verteidigungshaushalt muss Ausdruck der sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands sein und nicht Ergebnis einer buchhalterischen Übung.

5. Die Bundeswehr muss wieder bündnisfähig und zusätzlich europa-fähig werden.

Für die Soldaten ist die Einbindung der Bundeswehr in internationale Strukturen ein elementarer Teil ihres Selbstverständnisses. Die Soldaten wissen auch, dass neben Personal gleichermaßen Bewaffnung, Ausrüstung und Ausbildung die Rolle der Bundeswehr in der NATO oder der Europäischen Union prägen. Sie fordern deshalb eine Ausstattung, welche die Zusammenarbeit mit den Bündnispartnern ermöglicht und die dem politischen Gewicht Deutschlands entspricht.

Die heute bestehenden Lücken können auch durch noch so gute Leistungen der Soldaten nicht geschlossen werden. Darüber hinaus wissen die Soldaten, dass technologische Leistungsfähigkeit der beste Schutz im Einsatz ist. Je geringer das Risiko für die eingesetzten Soldaten, desto größer ist die Handlungsfreiheit der Regierung.

6. Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft und in den internationalen Beziehungen muss klar definiert und von der Politik aktiv vertreten werden.

Der Soldat begreift die Bundeswehr als Mittel der Politik, das politischen und strategischen Handlungsspielraum schafft. Diese Einordnung der Streitkräfte in die Grundaufgaben des Staates muss die Politik aktiv in der Öffentlichkeit vertreten. Sie ist für das Werben um Akzeptanz in der Öffentlichkeit verantwortlich. Die Bundeswehr kann und darf dazu nur einen Beitrag leisten.

7. Die Wehrpflicht muss erhalten bleiben.

Die Wehrpflicht ist in der gegebenen Lage nach wie vor begründbar und bleibt auch militärisch geboten. Die Wehrpflicht muss aber auch für den Wehrpflichtigen selbst sinnvoll bleiben. Sie darf nicht durch eine weitere Verkürzung der Wehrdienstdauer, die diese Sinnhaftigkeit in Frage stellt, zu einer Belastung für die Truppe werden. Die Soldaten akzeptieren sehr wohl eine Weiterentwicklung der Wehrpflicht, diese muss aber dem Auftrag der Bundeswehr entsprechen. Folglich sind die Soldaten zunehmend verbittert,

wenn die Wehrdienstdauer allein nach Kriterien des politischen Nutzens und der Öffentlichkeitswirksamkeit bemessen wird.

8. Die Reservistenkonzeption muss geändert werden.

Der umfangreiche und flexible Einsatz von Reservisten ist ein wichtiges Mittel, personelle Engpässe auszugleichen. Umso weniger Verständnis hat die Bundeswehr für erhebliche Kürzung bei den Wehrübungsplätzen - zumal die Politik öffentlich immer wieder die Bedeutung der Reservisten herausstellt. Gerade in Anbetracht der neuen Herausforderungen im Bereich des Krisenmanagements ist die Anpassung der Reservistenkonzeption unumgänglich.

9. Rationalisierung und *Outsourcing* müssen ergebnis- und erfolgsorientiert sein.

Der Soldat widersetzt sich keinesfalls Sparzwängen und Rationalisierungsbemühungen, die allerdings für die gesamte Bundeswehr - einschließlich der Bundeswehrverwaltung - gelten müssen. Die Soldaten wollen diese Ansätze und erwarten die konsequente Anwendung der *Revolution in Business Affairs* (analog zum bekannten Schlagwort der *Revolution in Military Affairs*). Die Soldaten befürworten kommerzielle Betreiber in Streitkräften und Verwaltung, sofern sie mindestens gleiche Leistungen bei geringeren Kosten erbringen und die Fähigkeit der Truppe im Einsatz nicht gemindert wird.

Allerdings darf die Bundeswehr keine Spielwiese für immer wieder neue Einfälle in diesen Bereichen sein, insbesondere wenn die Erfolgsaussichten fragwürdig sind. Auch müssen Einsparerfolge wieder der Truppe zugute kommen und dürfen nicht als „Steinbruch“ zur Erfüllung der Forderungen anderer Ressorts werden.

10. Die Einsatzbedingungen - gerade im Bereich des Krisenmanagements - müssen zumutbar und gerecht sein.

Die Soldaten nehmen ihre neuen Aufgaben im Bereich des internationalen Krisenmanagements engagiert an. Allerdings müssen die Bedingungen - gerade mit Blick auf die Einsatzdauer - erträglich sein. Auch wird zuneh-

mend zwischen den Anforderungen bei Kriseneinsätzen und beim "Heimatsdienst" unterschieden. Die Soldaten erwarten eine angemessene Berücksichtigung dieser Unterschiede in ihrer Laufbahngestaltung.

Liste der beteiligten Bildungszentren und Bildungswerke

Bildungszentrum Schloss Eichholz
Tel.: 02236/70 70

Bildungszentrum Schloss Wendgräben
Tel.: 039245/95 22 03

Bildungswerk Aachen
Tel.: 0241/60 83 90

Bildungswerk Berlin
030/269 96240

Bildungswerk Erfurt
Tel.: 0361/225 0271

Bildungswerk Freiburg
Tel.: 0761/334 43

Hermann-Ehlers-Bildungswerk
Hamburg
Tel.: 040/50 59 52

Hermann-Ehlers-Bildungswerk
Hannover
Tel.: 0511/32 41 56

Bildungswerk Köln
Tel.: 0221/9201 490

Bildungswerk Leipzig
Tel.: 0341/305 470

Bildungswerk Lüneburg
Tel.: 04131/40 67 72

Bildungswerk Mainz
Tel.: 06131/201 6930

Bildungswerk Münster
Tel.: 0251/482 603

Hermann-Ehlers-Bildungswerk Oldenburg
Tel.: 0441 59 34 66

Hermann-Ehlers Bildungswerk Osnabrück
Tel.: 0541/ 266 93

Bildungswerk Potsdam
Tel.: 0331/7488 7610

Bildungswerk Ravensburg
Tel.: 0751/359 555

Bildungswerk Rostock
Tel.: 0381 45 51 56

Bildungswerk Saarbrücken
Tel.: 0681/ 58 53 82

Bildungswerk Stuttgart
Tel.: 0711/29 32 12